

ÜBERSICHTEN

Außenpolitik

USA

*(1)

Zur Panik an der Wall Street

Die chinesischen Medien konnten es sich nicht verkneifen, mit kaum unterdrückter Ironie und Schadenfreude über den Kurszusammenbruch an der New Yorker Börse zu berichten. Bekanntlich war der Dow-Jones-Index in den vier Tagen zwischen 14. und 19. Oktober um 770 Punkte bzw. 30,7% abgesackt und hatte zu einer Panik geführt, wie sie in diesem Ausmaß seit 1929 nicht mehr stattgefunden hatte.

Aus chinesischer Sicht waren drei Hauptursachen für diesen dramatischen Kurssturz maßgebend.

Da sei erstens das gewaltige amerikanische Handelsdefizit zu nennen, das im Juli 1987 etwa bei 16,47 Mrd., im August bei 15,68 Mrd. lag und im November gar die 17-Mrd.-Grenze überschritt. Hier summieren sich Schuldsummen ungeheuren Ausmaßes, die das Vertrauen in den Dollar auf dem Weltmarkt laufend untergraben. Allein in den letzten zwei Jahren wurde der Dollar gegenüber den wichtigsten westlichen Währungen um 30% abgewertet. Die Gruppe der sieben wichtigsten Industrieländer - USA, Bundesrepublik Deutschland, Japan, Großbritannien, Frankreich, Kanada und Italien - hätten in den ersten neun Monaten d.J. 1987 90 Mrd. US\$ aufgekauft, um den weiteren Verfall des Dollars aufzuhalten. Inzwischen zweifelten jedoch viele Finanzexperten an der Wirksamkeit dieser Gruppenkoordination; freilich wäre der Wert des Dollars ohne dieses Eingreifen noch weiter gesunken.

Zweitens fürchteten die Regierungen der wichtigsten Industrieländer eine durch den Dollar-Verfall bewirkte Inflation in ihren eigenen Ländern und griffen deshalb zur Politik der Zinserhöhung, so z.B. die Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Erhöhte Zinsen aber ziehen ausländisches Kapital an und lenken es vom US-Markt weg. Gleichzeitig werden Wachstumsimpulse aus dem betreffenden Markt genommen.

Die US-Regierung reagiere, wie Beijing es sieht, auf solche Zinsanhebungen mit Vergeltung, indem sie z.B. den internationalen Wert des Dollars weiter verfallen lasse.

Drittens stünden Zinssatz und Aktienkurs in einem Wechselverhältnis: Steige der Zinssatz, sinke der Aktienkurs. Seit dem Sommer d.J. 1987 steige der Zinssatz rapide in die Höhe. Einige amerikanische Handelsbanken hoben den Zinssatz bis auf eine Höhe von 9,75% und gleichzeitig erreiche der Zinssatz für Obligationen 10,22%. Voraussichtlich werde wegen der Abwertung des Dollars und der Inflationserscheinungen der Zinssatz der amerikanischen Banken in Zukunft weiter erhöht werden. Werde das Geld aber immer teurer, so müsse sich dies unweigerlich auf das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft auswirken (BRu 1987, Nr.43, S.13) - dies hätten auch die Spekulanten gewußt oder zumindest wissen müssen.

Ein anderer Kommentar aus der Feder des Generaldirektors am Zentrum für Internationale Studien beim Staatsrat, Huang Xiang, fällt wesentlich "chinesischer" aus, insofern er sogleich auf mehrere "Unausgewogenheiten" der Weltwirtschaft eingeht, deren Folge die Katastrophe vom Oktober gewesen sei: Da sei erstens die wirtschaftliche Unausgewogenheit zwischen den hochentwickelten Ländern, die sich einerseits an dem Haushalts- und Außenhandelsdefizit der USA und andererseits an den riesigen Handelsüberschüssen Japans und der Bundesrepublik Deutschland zeige, und da gebe es, zweitens, die Unausgewogenheit im Nord-Süd-Gefälle.

Unausgewogenheit zeige sich aber auch darin, daß die Aktien in den letzten fünf Jahren überbewertet gewesen waren. Der Anstieg des Aktienkurses stand m.a.W. in keinem realistischen Verhältnis zum Anstieg des allgemeinen Wirtschaftswachstums, wofür umfassende Spekulationen den Ausschlag gegeben hätten (BRu 1987, Nr.46, S.30 f.).

Die wirtschaftliche Zukunft der westlichen Welt ist aus chinesischer Sicht alles andere als rosig. Der Kurssturz an der Wall Street werde einen negativen psychologischen Einfluß auf die Investoren und Konsumenten ausüben, auf die Entwicklung der westlichen Wirtschaft dämpfend wirken, ein An-

wachsen der Arbeitslosigkeit bewirken und die Weltwirtschaft in eine Krise stürzen - nicht zuletzt aber auch überall neuen Protektionismus aufkommen lassen.

Auch China werde durch die Börsenkrise etwas in Mitleidenschaft gezogen; habe es doch in den letzten Monaten erhebliche Anstrengungen unternommen, den Aktienmarkt in Hongkong zu stabilisieren, um die Prosperität des Stadtstaates zu sichern. Beijing hoffe, daß die westlichen Länder, insbesondere die USA, konkrete Maßnahmen ergreifen, um die wirtschaftlichen Unausgewogenheiten zu beseitigen, ungesunde Spekulationen zu stoppen und die Stabilität der Weltwirtschaft wiederherzustellen. -we-

ASIEN

*(2)

Vorwurf an Japan: Profitgier läßt Prinzipien vergessen

China stimmt in den Chor der Kritiker an der Politik Japans ein, die Handelsbeziehungen zu Südafrika und Vietnam immer weiter auszuweiten.

In Südafrika habe Japan inzwischen die USA als größter Handelspartner Pretorias ersetzt. In der 1.Hälfte d.J. 1987 habe sich das bilaterale Handelsvolumen auf 3,1 Mrd. US\$ erhöht, während gleichzeitig das US-südafrikanische Handelsvolumen auf 2,5 Mrd. zurückgegangen war. Japan steigere laufend seine Kohleimporte aus Südafrika und habe seine Autoexporte nach Südafrika i.J. 1987 bereits um 62% ausgeweitet. Tokyo verfolge "blindlings" den wirtschaftlichen Erfolg in Südafrika.

Auch mit Vietnam treibe Japan "prinzipienlosen" Handel. Vor dem vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha (1978) habe Japan bereits zu den Haupthandelspartnern Vietnams gehört - bei einer Jahreshöhe des Handelsvolumens von damals 200 Mio. US\$. Während nach dem Kambodscha-Unternehmen Vietnams zahlreiche andere Länder ihre Wirtschaftshilfe und ihre Handelsbeziehungen zu Hanoi eingestellt hätten, habe Japan, nach vorübergehendem Stillhalten, seine Vietnam-Geschäfte wieder voll aufgenommen, wobei einige japanische Großkonzerne mit stillschweigender Zustimmung der Regierung Pilotfunktionen übernom-

men hätten. Bereits 1986 sei das Handelsvolumen wieder auf dem Stand von vor dem Einmarsch angewachsen, womit Japan gleich hinter der Sowjetunion inzwischen erneut zweitgrößter Handelspartner geworden ist. Dieses Vorgehen habe bei den Mitgliedern der ASEAN, bei den USA und anderen Ländern scharfe Kritik hervorgeufen. Am 23. April 1987 überreichten die sieben ASEAN-Länder der japanischen Regierung ein Protestschreiben, in dem sie den wachsenden Handel Japans mit Vietnam verurteilten, der ja letztlich alle vereinten internationalen Erfolge, Vietnam zur Umkehr zu zwingen, unterlaufe.

Japan möge sich bitte endlich klarmachen, welche Rolle es in der Weltpolitik einnehmen wolle: es könne nicht auf der einen Seite - als politische Macht - für Frieden und internationale Sicherheit plädieren, auf der anderen Seite aber - als profitgierige Wirtschaftsmacht - eben diese Ziele untergraben (BRu 1987, Nr.46, S.13, 31). -we-

*(3)

Verstimmung im chinesisch-philippinischen Verhältnis

In den Wonnebecher der bisher so harmonischen Beziehungen zwischen der neuen Führung Aquino und der VR China sind inzwischen einige bittere Tropfen gefallen - vor allem der Disput um die Nansha-Frage.

Lange Zeit hatte China allen Aktionen der Regierung Aquino Beifall gezollt, ob es nun um die Volksabstimmung zur neuen Verfassung vom Februar 1987, um die Amtsführung der neuen Präsidentin (seit Februar 1986 im Amt) oder um die Frage der Erhöhung des bilateralen Handels ging: Am 4. März 1987 beispielsweise war zwischen beiden Staaten das erste Handelsprotokoll seit dem Umsturz unterzeichnet worden, in dem es hieß, daß der beiderseitige Handel noch sehr ausbaufähig sei und daß auch für den Tauschhandel -bedeutende Möglichkeiten bestünden (XNA, 5.3.87). 1986 hatte das beiderseitige Handelsvolumen 226 Mio. US\$ betragen - davon 96 Mio. chinesischer Importe aus den Philippinen und 130 Mio. chinesischer Exporte nach den Philippinen; bereits 1985 hatte China einen Handelsbilanzüberschuß von 156 Mio. und nunmehr von 34 Mio. US\$ erzielt. Auch die deutlichen Erklärungen Chinas

gegen den (gescheiterten) bewaffneten Staatsstreich vom 28. August 1987 sind in Manila gerne gehört worden. Beijing hatte auch nie etwas dagegen einzuwenden, daß sich die philippinische Führung entschieden gegen die Kommunisten im eigenen Land wandte.

Doch nun hat es gleich drei Anlässe zu gegenseitigen Vorwürfen gegeben.

Da war erstens die Taiwan-Frage hochgekommen. Obwohl die Philippinen und die VRCh seit 1975 diplomatische Beziehungen unterhalten, sind gleichzeitig auch intensive Kontakte Manilas zu Taipei angelaufen - zu intensiv jedenfalls für den Geschmack Beijings. U.a. hatte Vizepräsident und Außenminister Salvador Laurel vor wenigen Monaten Taipei besucht und wurde deshalb von Beijing scharf kritisiert; gleichzeitig drohte die VR China mit der Herabstufung der diplomatischen Beziehungen (Berichte in dieser Richtung: AWSJ, 12.8.87).

Präsidentin Aquino versuchte die hier auftauchenden Schwierigkeiten dadurch herunterzuspielen, daß sie ankündigte, zu Beginn des Jahres 1988 der VR China einen Besuch abzustatten zu wollen.

Ein zweiter Dissens entstand im Zusammenhang mit Gerüchten, daß China eine Schiffsladung von Waffen zugunsten der philippinischen kommunistischen Rebellen geliefert habe. Die Philippinen, die jahrelang mit einer linken Strategie der Chinesen konfrontiert gewesen waren, reagierten auf solche Vermutungen verständlicherweise besonders dünnhäutig. Beijing sah sich deshalb veranlaßt, Gerüchte dieser Art in offizieller Form zurückzuweisen - und zwar durch einen Sprecher des chinesischen Außenministeriums (XNA, 19.11.87). Beide Seiten unterhielten freundschaftliche Beziehungen zueinander. Die chinesische Regierung mische sich unter keinen Umständen in die inneren Angelegenheiten der Philippinen ein. Freilich waren solche Unterstützungsaktionen auch in der Vergangenheit niemals von der chinesischen Regierung, sondern von der Partei oder von Solidaritätskomitees ausgegangen.

Am heftigsten aber wurde der Dissens wieder einmal im Zusammenhang mit dem alten Streit um die Spratly-Inseln, die von den Filipinos "Kalayaan"-, von den Chinesen

aber "Nansha"-Inseln genannt werden. Bei einer Pressekonferenz am 24. November betonte José Ingles, stellvertretender Außenminister der Philippinen, erneut die philippinische Souveränität über die Spratlys. Nach internationalem Recht gehöre bisher herrenloses Gebiet demjenigen, der es als erster in Besitz nehme. Diesen Anspruch aber könnten die Philippinen erheben, die den Großteil der Spratlys 1971 übernommen hätten. Gegenwärtig übten die Philippinen effektive Kontrolle über 7 der 53 Kalayaan-Inseln aus. Mit China, das ebenfalls Ansprüche auf diese Inseln erhebt, seien 1975 diplomatische Beziehungen begründet worden, die auf der Basis der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" gegründet seien, welche auch einschlossen, daß gegenseitige Dispute friedlich zu lösen seien.

China hält dieser Argumentation entgegen, daß die Inseln historisch immer schon chinesisches Eigentum gewesen seien, ja geht davon aus, daß praktisch die gesamte Fläche des Südchinesischen Meeres unter chinesischer Souveränität stehe. Der philippinische Hinweis auf die 1975 vereinbarte friedliche Koexistenz könne keineswegs im Sinne eines Verzichts Chinas auf die Nansha-Inseln gedeutet werden; denn China sei niemals konsultiert worden, ehe die Inseln durch die Philippinen teilweise okkupiert wurden (XNA, 26.11.87). In einem Leitartikel der *Renmin Ribao* vom 27. November 1987 warnt China eine "kleine Zahl von Leuten" innerhalb der philippinischen Regierung, willkürlich einen Streit über die Spratlys vom Zaun zu brechen und damit die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten zu untergraben. -we-

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

*(4)

China-Werbung

China beabsichtigt, im Verlaufe der nächsten beiden Jahre insgesamt rd. 80 verschiedene "Dokumentationen" für das Ausland zu veröffentlichen, um "das Land der Außenwelt vorzustellen". Die Hälfte dieser Dokumentationen (Filme) ist bereits fertiggestellt. Die Gesamtserie läuft unter dem einfachen Titel "China" und wird sich mit den verschiedenen Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Erziehung, Kultur, Kunst, Militär, Sport, gesellschaftliches

Leben usw. befassen. Die Filme werden in verschiedenen Sprachen synchronisiert, so vor allem englisch, französisch, spanisch, arabisch usw. Als Einstieg in die Serie dient ein 90-Minuten-Film - Titel "China sieht der Zukunft entgegen" -, der zu Beginn des Jahres 1988 herauskommen soll. Angesichts der jüngsten Unruhen in Tibet scheint es bemerkenswert, daß als zweiter Film ein 40-Minuten-Streifen unter dem Titel "Tibet: Heute und Gestern" zur gleichen Zeit verbreitet werden soll. Andere Bereiche, die in zeitlicher Reihenfolge als nächstes folgen, behandeln die Themen Wahlen, chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen, ländliche Betriebe, Reformen städtischer Unternehmen, Erziehung, nationale Minderheiten, Frauen und Kinder usw. Die Filme sollen "wahrheitsgemäß, lebendig und für ein ausländisches Publikum geeignet" sein. Insgesamt sollen drei Expertengruppen nach Europa, Amerika und Afrika geschickt werden, "um die Ansichten des Publikums herauszufinden". Die Filme werden durch die Kulturabteilungen der chinesischen Botschaften und Konsulate sowie durch chinesische Filmeinrichtungen und Organisationen für chinesisch-ausländische Freundschaft und ausländische Fernsehstationen verteilt. (XNA, 16.11.87) -ma-

Innenpolitik

* (5)

Trennung Partei- und Regierungsfunktionen

Die seit Jahren anhaltende Diskussion um die Trennung der Aufgabenbereiche zwischen Parteikadern und Regierungsinstitutionen ist seit dem 13. Parteitag erneut verstärkt worden. Bereits im Vorfeld des Parteitages hatte Generalsekretär Zhao Ziyang in einer Rede vom 14. Oktober 1987 (vorbereitendes Treffen für das 7. Plenum des XII. ZK) intern erneut auf die Notwendigkeit rascherer Fortschritte hingewiesen. Bemerkenswert erscheint, daß Ausschnitte aus der Rede erst am 26. November 1987 auf der Frontseite der RMRB veröffentlicht wurden. Laut Zhao geht es in China - wie in allen sozialistischen Ländern, die um Reformen bemüht sind - vor allem darum, "die Schwächen zu beheben,

die aus der unklaren Abgrenzung von Partei- und Regierungsfunktionen entstehen... Dies ist ein großer Trend in den sozialistischen Ländern. Die Reform muß früher oder später durchgeführt werden... Es muß darauf hingewiesen werden, daß China eines der sozialistischen Länder ist, in denen Partei- und Regierungsfunktionen in einem ernsthaften Ausmaß vermengt sind."

Die Trennung der beiden Aufgaben und Entscheidungssphären ist laut Zhao deswegen so schwer zu bewerkstelligen, weil seit über 20 Jahren die Anerkennung des absoluten Vorranges der Partei in allen Sphären gewohnheitsmäßig zum Ausdruck der Loyalität gegenüber der Parteiführung geworden ist.

"Jede politische Kampagne hat dieses System weiter verstärkt und als Ergebnis dessen sind die Parteikomitees mit Verwaltungsangelegenheiten überhäuft und mußten große Büros mit einer Armee von hauptamtlichen Funktionären einrichten." Aufgrund dieser Entwicklung hätten die Parteifunktionäre im wesentlichen solche Arbeiten verrichtet, die eigentlich den unteren Angestellten zukommen. In der Tat wären die "Komitees in Verwaltung oder Betriebe umgewandelt" worden. Die Beschäftigung mit Routineangelegenheiten hätte zu einer Verminderung des klaren Blicks, der Weitsichtigkeit und des Denkens geführt. Nur wenn sich die Parteiorgane aus der Alltagsarbeit zurückzögen, wäre es der Partei möglich, "die Widersprüche ohne Schwierigkeiten zu lösen und die führende Rolle in der Koordinationsarbeit auf allen Gebieten zu spielen". Nur unter solchen Voraussetzungen sei es den Parteiorganisationen möglich, "die Überwachung wirklich durchzuführen".

Im Zusammenhang mit der angestrebten Trennung der verschiedenen Funktionsbereiche von Partei, Staat und Wirtschaft sollen die "27 Millionen Kader ganz Chinas in getrennte Management-Systeme eingestuft werden, die das gegenwärtige System aufheben, wonach alle Kader dem Management der zentralen oder örtlichen Parteiorganisationsabteilungen unterstehen."

Zeitlich soll zuerst das Personal von Regierungsabteilungen aus dem bisherigen System herausgelöst werden, "um ein System des öffentlichen Dienstes zu errichten". Das Verwaltungspersonal soll durch

"eine spezielle Institution unter dem Staatsrat verwaltet" werden. Verschiedene andere Systeme sollen nach und nach eingeführt werden, "um die führenden Mitglieder und das Arbeitspersonal der Parteiabteilungen, der Abteilungen der Staatsverwaltung, der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie führenden Personal und Mitglieder der Massenorganisationen und das Managementpersonal der Unternehmen und Einrichtungen zu verwalten", wobei jeder Bereich "nach seinen besonderen Notwendigkeiten und Bedingungen" gestaltet werden soll.

Diese Absichtserklärungen gehen auf die Aussagen des Generalsekretärs Zhao Ziyang in seiner Rede während des 13. Parteitages zurück, in der er gefordert hatte, "verschiedene Methoden zur Verwaltung des Personals in den verschiedenen Kategorien zu erarbeiten. Dies sollte in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Trennung von Partei und Regierung, der Trennung der Regierungsaufgaben von denen der Betriebe" herausgearbeitet werden. Ferner müsse sichergestellt sein, daß die "für die Personalverwaltung Zuständigen über ein fachliches Wissen verfügen, damit sie ihre Arbeit sachverständiger tun".

Zu der Gesamtkaderschaft von 27 Millionen gehören nicht nur die Kader aus Partei- und Regierungsabteilungen, "sondern auch mehr als 350.000 Personen des Rechtspersonals, 10,8 Mio. Personen in den Abteilungen für Erziehung, öffentliche Gesundheit und Wissenschaft und Technologie sowie 10,3 Mio. Managementpersonen in den Betrieben." Von der Gesamtkaderschaft können "nur rd. 4 Mio., die in den Regierungsabteilungen arbeiten, wirklich öffentliche Bedienstete genannt werden, die entweder in politischer Arbeit oder fachlicher Arbeit beschäftigt sind." (XNA, 19., 27.11.87; SWB 28.11.87) -ma-

* (6)

Rehabilitierungen abgeschlossen

Während der 16. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes wurde bekanntgegeben, daß nach vierjährigen Untersuchungen alle Mitglieder des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz, die während der Kulturrevolution aus irgend-